

Informationsstelle  
Kernkraftwerk Brokdorf

Nordwestdeutsche Kraftwerke AG - Hamburgische Electricitäts-Werke-AG  
2400 Lübeck - Postfach 1704 - Telefon 0451-31041

Lübeck, im November 1977

Sehr geehrter Mitbürger,

Sie haben sicherlich in der Presse von dem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg vom 17. 10. 1977 in Sachen Brokdorf gelesen. Wir möchten Ihnen heute auszugsweise den genauen Text des Beschlusses zur Kenntnis bringen:

"Die aufschiebende Wirkung der Klagen gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf vom 25. 10. 1976 bleibt hinsichtlich der Ziffern A V und A VI angeordnet, bis ein prüffähiger Antrag für ein Zwischenlager zur Lagerung abgebrannter Brennelemente gestellt und geologische Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines bestimmten Standortes für die Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeleitet sind."

Was heißt das ? Mit den unter den Ziffern A V und A VI genannten Gründungsarbeiten darf begonnen werden, wenn die genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Die unter den Ziffern A I bis A IV in der 1. Teilerrichtungsgenehmigung ( 1. TEG ) aufgeführten Arbeiten dagegen - das sind die Baureifmachung des Geländes, die Sicherungsanlagen und die Baustelleneinrichtung - dürfen ohne Einschränkung durchgeführt werden. Wir warten jetzt die schriftliche Begründung, die den Beschluß näher erläutern wird, ab.

Darüber hinaus gibt das OVG zu erkennen, daß zur Zeit keine unüberwindlichen Hindernisse für die Erteilung der Genehmigung bestehen. Denn es heißt wörtlich in der Presseerklärung:

Anlage

Informationen zur Entsorgung  
und Presseerklärung des OVG Lüneburg

"Technische Vorkehrungen zur Verminderung radioaktiver Emissionen sowie durch die Qualität und laufenden Kontrollen des Reaktordruckbehälters erscheint der höchstmögliche Schutz der in der Umgebung des Kraftwerkes lebenden Menschen erreichbar."

Hinsichtlich der Voraussetzungen, von denen das Gericht die Genehmigung der Arbeiten unter Ziffer A V und A VI abhängig macht, geht es voran:

Ein prüffähiger Antrag auf Schaffung einer Zwischenlagermöglichkeit für abgebrannte Brennelemente wird in den nächsten Wochen gestellt werden.

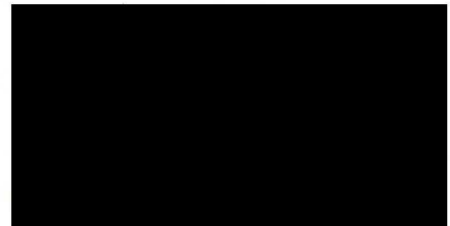
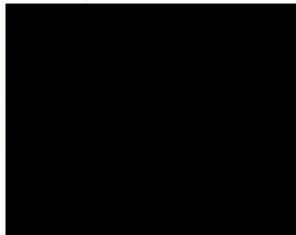
Zur Konzeption des Entsorgungszentrums Gorleben haben die Reaktorsicherheitskommission und die Strahlenschutzkommission als Berater des Bundesinnenministers im vergangenen Monat gemeinsam festgestellt, daß diese grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar ist.

Die Entwicklungsarbeiten für die Entsorgungsanlage sind also sehr viel weiter fortgeschritten, als in der Öffentlichkeit bisher bekannt war. Wir fügen darum diesem Schreiben ein Informationsblatt bei, das deutlich macht, wie hoch der Entwicklungsstand der Entsorgungstechnologie ist und wie lange schon an dieser Aufgabe gearbeitet wird.

Abschließend möchten wir Sie auch in diesem Brief dazu ermuntern, sich mit allen Ihren Fragen vertrauensvoll an uns zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen

INFORMATIONSTELLE KERNKRAFTWERK BROKDORF



Anlage

Informationsblatt Entsorgung  
und Presseerklärung des OVG Lüneburg



**Informationsstelle  
Kernkraftwerk Brokdorf**

**Nordwestdeutsche Kraftwerke AG - Hamburgische Electricitäts-Werke-AG  
2400 Lübeck - Postfach 1704 - Telefon 0451-31041**

Lübeck, im November 1977

**DIE LÖSUNG DER ENTSORGUNGSFRAGE STAND VON ANFANG AN IN  
DER BUNDESREPUBLIK IM BLICKFELD**  
-----

1945 bis 1955: Kernenergieforschung und -lehre für Deutschland verboten

Wer weiß das heute noch so genau? Aber es war so. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wollte keine Macht der Welt uns Deutschen Einblick gewähren in die bisher ausschließlich militärisch genutzte neue Energiequelle Kernenergie. Eine kuriose Situation: Im Lande eines Otto Hahn, dessen bahnbrechende Entdeckung zusammen mit Lise Meitner 1938 den Anstoß zur Nutzung der Kernenergie gegeben hatte, waren nach 1945 Forschung und Lehre im Bereich der Kernphysik und -technik durch den Alliierten Kontrollrat bis 1955 verboten. Zehn lange Jahre, während die Entwicklung im Ausland weiterging.

1955 bis 1967: Friedliche Nutzung: Ja. Eigene Entsorgungsanlage: Nein.

Zwar wurde 1949 die Bundesrepublik gegründet, mit Grundgesetz und Bundestag, aber erst 1955, mit der Souveränitätserklärung der Bundesrepublik, taute das Eis ein wenig auf. Der wirtschaftlich aufstrebende Staat durfte sich neuer Technologien und Energiequellen bedienen. Aber er durfte sie nicht entfalten. Dem schoben die Brüsseler und Pariser Verträge einen Riegel vor. Das Verbot, die Kernenergie militärisch zu nutzen, besteht bis heute und wird streng beachtet. Die Verträge enthielten damals aber auch die Bestimmung: Keine Wiederaufarbeitung des Kernbrennstoffs in Deutschland! Das galt bis 1967.

In Deutschland fing man zunächst einmal so an: Das beratende Organ der damaligen Bundesregierung, die Deutsche Atomkommission, u. a. mit den Professoren Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl-Friedrich von Weizsäcker, leitete 1955 die entscheidenden Schritte ein zur friedlichen Nutzung der Kernenergie.

1959 verabschiedete der Bundestag einstimmig das Atomgesetz. Daraufhin wurde das erste deutsche Versuchskernkraftwerk in Kahl gebaut, das schon 1961 in Betrieb gehen konnte. Selbstverständlich packten gleichzeitig die Experten auch das Problem an:



Wohin mit den anfallenden radioaktiven Rückständen? 1957 wurde die Europäische Atomgemeinschaft ( EURATOM ) in Brüssel gegründet. EURATOM begann in der Stadt Mol, Belgien, den Bau einer europäischen Wiederaufarbeitungsanlage mit 60 Tonnen Uran Jahresdurchsatz. Mitte 1966 nahm die Anlage den aktiven Betrieb auf. An der Planung und am Bau dieses Prototyps war die Bundesrepublik finanziell und personell in erheblichem Umfang beteiligt. Im Vertrauen auf die Entsorgung in Mol begannen nun Planung und Bau weiterer deutscher Kernkraftwerke.

#### 1967: Erste deutsche Forschungsanlage zur Wiederaufarbeitung

Langsam fing man bei den westlichen Nachbarländern an, den Deutschen wieder zu vertrauen. Die erste eigene Wiederaufarbeitungsanlage für Forschung und Erprobung (WAK) wurde 1967 beim Kernforschungszentrum Karlsruhe begonnen. Sie arbeitet seit 1971 mit einem Jahresdurchsatz von 40 Tonnen Uran. Vertragsgemäß entsorgt WAK die 1966 bis 1968 in Betrieb genommenen Kernkraftwerke Gundremmingen, Lingen und Obrigheim. Diese Kernkraftwerke haben gleichzeitig Entsorgungsverträge mit englischen Partnern.

#### Seit 1967 und bis 1984 ist die Entsorgung der deutschen Kernkraftwerke durch Verträge mit Auslandspartnern gesichert

Bereits 1970 hatte die NWK für das 1972 in Betrieb genommene Kernkraftwerk Stade einen mehrjährigen Vertrag zur Aufarbeitung bestrahlten Urans mit der EUROCHEMIC in Mol abgeschlossen. Später hat die französische Wiederaufarbeitung am Cap de La Hague in der Normandie die Entsorgungsverpflichtung für Stade übernommen. La Hague ist eine kommerziell betriebene Anlage der französischen Firma COGEMA. Die Kapazität liegt 1980 bei 800 Tonnen Uran Jahresdurchsatz. COGEMA hat auch mit anderen deutschen Kernkraftwerksbetreibern Verträge über Entsorgung abgeschlossen, die bis Mitte der 80er Jahre reichen. Danach übernimmt die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), Hannover, diese Dienstleistung mit der in Gorleben geplanten Anlage, deren Kapazität 1.500 Tonnen Durchsatz jährlich betragen wird. Die DWK ist eine gemeinsame Gründung deutscher Kernkraftwerksbetreiber, also auch der Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) und der Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW).

#### Seit 1967 praktiziert die Bundesrepublik in Asse das Verfahren zur Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle

In der Öffentlichkeit wird in den letzten Monaten nun plötzlich die Frage der Endlagerung dramatisiert. Zu verstehen ist das nicht. Denn schon 1967 wurde mit vorbehandelten und verpackten schwach- und mittelaktiven Abfällen die probeweise Einlagerung im Salzbergwerk Asse begonnen. Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF), München, und die Gesellschaft für Kernforschung (GfK) haben diese Form der Endlagerung in Salzformationen des tieferen geologischen Untergrunds gemeinsam im großtechnischen Maßstab



in Asse erprobt. Heute steht fest: es ist das optimale Verfahren zur Isolierung der radioaktiven Abfälle bis zu ihrem vollständigen Abklingen.

Die absolute unschädliche Beseitigung der geringen Mengen an hochradioaktiven Rückständen wird ebenfalls in der Bundesrepublik mit Erfolg erprobt.

Die hochradioaktiven Rückstände fallen nicht beim Betrieb von Kernkraftwerken an, sondern bei der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen. Es gibt sie in der Bundesrepublik also nur in geringen Mengen, in der Wiederaufarbeitungs-Anlage bei Karlsruhe. Sie werden durch Einbinden in Glas in eine praktisch unlösliche Form gebracht. Auch diese Verglasung hochradioaktiver Spaltprodukte ist in der Bundesrepublik bereits mit Erfolg erprobt. Die vorgesehene Endlagerung im Salzstock in Glaskörpern stellt sicher, daß nichts in den allgemeinen Kreislauf des Lebens gelangen kann.

Es gibt keine vernünftigen Gründe gegen ein deutsches Entsorgungszentrum

Der Verwirklichung des Deutschen Entsorgungszentrums der DWK dürfte nichts mehr im Wege stehen, seitdem eine weitere wichtige Erkenntnis vorliegt. In einem gemeinsamen Bericht erklärten die Strahlenschutz- und die Reaktorsicherheitskommission des Bundes am 20. Oktober 1977 dem Innenministerium: Der geplante Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage und einer Entsorgungseinrichtung in Gorleben, Niedersachsen, ist grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar.

Es kann auch nicht ernsthaft behauptet werden, die Elektrizitätsversorgungsunternehmen hätten den Bau von Kernkraftwerken vorangetrieben und dabei das Problem der Entsorgung vernachlässigt. Die Kernenergie wurde in der Bundesrepublik Deutschland mit größter Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt ausgebaut. Die Interessen der Bevölkerung und des Umweltschutzes wurden und werden weiterhin sehr sorgfältig berücksichtigt. Ihre Beachtung ist durch das Atomgesetz festgelegt und wird durch Länderbehörden und Reaktorsicherheitskommission ständig überwacht. Das gilt auch für die Entsorgung. Erfahrungen mit Großanlagen für die Wiederaufarbeitung liegen vor in Frankreich und Großbritannien. Es gibt die Betriebserfahrungen der Anlagen in Karlsruhe und Mol, es gibt die große Zahl projektbegleitender Forschungs- und Entwicklungsarbeiten.



Lüneburg, den 17. Oktober 1977

## PRESSEERKLÄRUNG DES OVG LÜNEBURG

In dem Verfahren wegen des Baustopps für das Kernkraftwerk Brokdorf hat der VII. Senat Lüneburg die Beschwerde der beteiligten Energiewirtschaftsunternehmen mit Einschränkungen zurückgewiesen.

Die Arbeiten an den Pfahlfundamenten und der Pfahlkopfplatte des Kraftwerks dürfen erst begonnen werden, wenn ein prüffähiger Antrag für ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente vorliegt und geologische Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines bestimmten Standorts für die Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeleitet worden sind. Das Oberverwaltungsgericht stützt diese Entscheidung, die in einem Aussetzungsverfahren ergangen ist und daher vorläufigen Charakter hat, im wesentlichen auf die erst unmittelbar vor Erteilung der umstrittenen Teilerrichtungsgenehmigung im Herbst 1976 eingeführte Bestimmung des § 9a Atomgesetzes, die die Erteilung weiterer atomrechtlicher Genehmigungen davon abhängig macht, daß gleichzeitig konkrete Maßnahmen zur Schaffung von Einrichtungen für die Verwertung und Endlagerung radioaktiver Reststoffe in Angriff genommen werden. Hierbei sind mit dem Fortschreiten des Genehmigungsverfahrens zunehmend strengere Anforderungen zu stellen.

In der Überlagerung der von den benachbarten Kernkraftwerken Brokdorf und Brunsbüttel ausgehenden radioaktiven Belastungen sowie in dem Fehlen eines Berstschatzes für den Reaktordruckbehälter erblickt das Gericht im gegenwärtigen Stadium des Verfahrens keine unüberwindlichen Hindernisse für die Erteilung der Genehmigung, da durch technische Vorkehrungen zur Verminderung radioaktiver Emissionen sowie durch die Qualität und laufenden Kontrollen des Reaktordruckbehälters der höchstmögliche Schutz der in der Umgebung des Kraftwerks lebenden Menschen erreichbar erscheint.

*Wenn Berstschatz den erhöht, dann ist es doch nicht der höchstmögliche*